



Birdlife-Newsletter

Vol. 9, Nr.1, Januar 2015,

Das englische Original finden Sie unter: <http://europe.birdlife.org>

Inhalt

Vorwort

Neues aus der EU

- Die Kommission „der letzten Chance“
- Der Fitness-Check der EU-Naturschutzlinien: Rückschritt oder Erfolg?
- Die EU-Biodiversitätsstrategie im Jahr 2015 - Zwischenbilanz
- Nachhaltige Fischerei und mögliche Schlupflöcher
- EU Klima- und Energiepolitik für das nächste Jahrzehnt festlegen
- Die Gemeinsame Agrarpolitik im Jahr 2015: Warten auf Ergebnisse

Aus Naturschutzsicht

- Wissenschaft in 2015: Erhebung der europäischen Vogelbestände
- Europäische Schutzgebiete erleichtern Tieren die Anpassung an den Klimawandel

Neues aus der BirdLife-Partnerschaft

- „Biodiversität geht jeden etwas an“: Zusammenarbeit mit HeidelbergCement

Beeindruckende Projekte vor Ort

- Bessere Zeiten für die Blauracke in Serbien
- Zehntausend Menschen demonstrieren in Berlin für eine umweltverträglichere Landwirtschaft
- Auf der Route der „wilden“ Seidenstraße im Kaukasus
- BirdLife Bulgarien unterstützt Rewilding Initiative in den Rhodopen
- Neues Projekt zum Schutz des Berlenga Archipels

Events

Vorwort

Natur im Jahr 2015: tot oder lebendig? Was Herr Timmermans bewirken kann

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie lesen diesen Newsletter, weil Ihnen unsere Natur am Herzen liegt. Und vermutlich haben Sie sich auch schon gefragt, was im Jahr 2015 auf uns zukommt. Wird es ein gutes oder ein schlechtes Jahr für uns, für die Vogelwelt, für die Biodiversität und für die Natur auf unserer Erde, die eine dermaßen große Vielfalt an Lebensformen beheimatet?

Wir gehen diesen Fragen in unserem Newsletter nach.

Was ein wenig Angst macht ist die Tatsache, dass das Jahr 2015 ein äußerst wichtiges Jahr für die Zukunft unseres Planeten sein wird. Denn in den kommenden zwölf Monaten werden grundlegende Entscheidungen getroffen, die langfristige Auswirkungen haben werden. In Bezug auf die EU-Politik sagt Ariel Brunner zu Recht, dass dies die letzte Chance für die EU-Kommission sein wird. Aber diese Aussage lässt sich auch ausdehnen auf den Allgemeinzustand und die Zukunftsaussichten unseres Planeten, z.B. wenn man sich klarmacht, dass in diesem Jahr die UN-Klimakonferenz in Paris stattfinden wird.

Also, 2015: tot oder lebendig? Die Antwort ist: Es kommt darauf an. Natürlich schauen bereits heute alle auf die Klimakonferenz (COP 21) im Dezember, aber bereits im Vorfeld wird viel passieren. Die EU legt fest, mit welchen Instrumenten sie die Wirtschaft nachhaltiger gestalten und den Kohlenstoffausstoß senken will. Einige dieser Lösungsstrategien sind jedoch fast genauso schädlich wie die derzeitigen Praktiken. Sini Eräjää erklärt, welche katastrophalen Auswirkungen einige dieser Lösungsansätze auf die Natur haben können und was beachtet werden muss, damit Energieträger wirklich nachhaltig sind und sie effektiv zum Klimaschutz beitragen.

Weiterhin wird die EU in 2015 wichtige Entscheidungen zum Schutz der Meere fällen, die

derzeit kurz vor dem Kollaps stehen. Bruna Campos erklärt, wie wichtig der Meerjahresplan für die Ostsee ist, der ein Vorreiter für alle weiteren regionalen Pläne sein wird.

Auch wird sich in diesem Jahr zeigen, welcher Reifegrad das Greening der EU-Agrarpolitik war. Trees Robijns erklärt, wie und wann deutlich wird, dass das Greening keine Wirkung hat und dass im Zuge der derzeitigen Politik die biologische Vielfalt der Agrarlandschaft zwangsläufig immer weiter zerstört wird.

Für uns ist das Jahr 2015 das Jahr des Fitness Checks der FFH- und der Vogelschutzrichtlinien. Sie sind die Naturschutz-Richtlinien der EU und dienen auch außerhalb der EU als Vorbild für Schutzgebiete, z.B. beim Smaragd-Netzwerk. Werden die Richtlinien lediglich überarbeitet oder gleich ganz zusammengestampft? Wouter Langhout erklärt, warum just in diesem Moment die Naturschutzgegner in Aktion treten und versuchen werden, die Richtlinien zu schwächen - aus Eigeninteressen heraus und zum Schaden der Bürger in der EU. Weiterhin werden wir bis Juni unsere Bilanz zur Halbzeit der Biodiversitätsstrategie der EU veröffentlichen. Die derzeitigen Ergebnisse sind nicht besonders ermutigend.

In Lauf des Jahres werden wir auch die Ergebnisse vieler wissenschaftlicher Erhebungen veröffentlichen. Eine der bedeutendsten Studien ist die *dritte Erhebung der europäischen Vogelbestände*. Willem van Den Bossche erläutert uns dazu Genaueres. Im Jahr 1994 wurde geschätzt, dass sich 38 Prozent der Arten in einem ungünstigen Erhaltungszustand befinden. Bis 2004 stieg der Prozentsatz auf 43. Bei der Erhebung 2015 wird ermittelt, ob es der EU gelingen wird, wie geplant bis zum Jahr 2020 den Anteil der Arten, die sich in einem stabilen oder verbesserten Erhaltungszustand befinden, um 50 Prozent anzuheben. Auch werden wir Zahlen zum illegalen Töten, Fangen und Handeln von Vögeln im Mittelmeerraum veröffentlichen. Dies ist die erste wissenschaftliche Erhebung im gesamten Mittelmeerraum. Sie wird als Grundlage für eine Maßnahmenpriorisierung dienen und das weitere Vorgehen erheblich erleichtern.

Das Jahr 2015 ist also ein Jahr voller wichtiger Entscheidungen. Leider werden all diese Entscheidungen in Zusammenhang mit der „Deregulierung“ getroffen, die vor kurzem wieder ausgegraben wurde und seitdem wieder hoch im Kurs steht. Dabei werden die Natur und die Gesundheit der Menschen der Profitgier geopfert.

Timmermans ist die rechte Hand von Präsident Juncker. Er ist charmant, spricht mehrere Sprachen, ist Sozialdemokrat, Naturliebhaber und lebt in den Niederlanden. Er soll im Auftrag Junckers die Naturschutzgesetze in Brüssel vollziehen. Dies ist ein Widerspruch, der in den Medien und in der Politik bestimmt zur Sprache kommen wird. Timmermans hat versucht, die Plastiktüten-Verordnung rückgängig zu machen. Dies wurde jedoch vom Rat und der italienischen Ratspräsidentschaft abgelehnt. Danach hat er versucht, die Gesetze für saubere Luft und Abfallreduzierung zu verhindern, musste aber zurückrudern, als er feststellte, dass er im Parlament nicht über die erforderliche Mehrheit verfügte. Stattdessen versprach er, am Luftreinheitspaket festzuhalten und später sogar eine noch strengere Abfallgesetzgebung einzubringen.

Dies kann als ein Erfolg der Umweltbewegung angesehen werden und es zeigt Juncker: Die Mehrheit der Bürger Europas möchte keine schwächeren Umweltgesetze.

Das einzig greifbare politische Ergebnis, das er bislang erzielt hat, ist die zunehmende Unzufriedenheit der S&D, einer Fraktion im EU-Parlament (der er im Übrigen selbst angehört). Die Mehrheit der Abgeordneten findet sich in Junckers Agenda nicht wieder und es ist durchaus möglich, dass Herr Timmermans bei S&D bald als „Verräter“ angesehen wird.

Die Rolle Timmermans ist für die Umweltpolitik in der EU von größter Bedeutung und hat auch Einfluss auf andere Streitthemen in Europa. Werden unsere Umweltgesetze gestärkt oder geschwächt? Dr. Jekyll oder Mr. Hyde? Wir werden es bald herausfinden.

Luca Bonaccorsi

Neues aus der EU

Die Kommission „der letzten Chance“?



www.flickr.com/photos/tpcom

Europa steckt tief in einer wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Krise, die in einigen Ländern bereits gravierende Auswirkungen hat. Die Politik ist relativ ratlos, was zu tun ist. Leider scheint es, als verfolge die neue Kommission rückschrittliche statt innovative Lösungsansätze.

Im Jahr 2010 verabschiedete die EU eine Biodiversitätsstrategie, mit deren Hilfe der Rückgang der biologischen Vielfalt bis 2020 gestoppt und eine Trendwende eingeleitet werden soll. Wir werden in den nächsten Monaten unsere Zwischenbilanz veröffentlichen, in der die Fortschritte aber auch die bisherigen Versäumnisse aufgeführt sind. Ohne jetzt zu weit vorgreifen zu wollen: die Bilanz fällt eher negativ aus. Nach wie vor bröckelt unsere Lebensgrundlage weg: weltweit und europaweit.

Die neue Europäische Kommission wird eine wesentliche Rolle spielen. Das Jahr 2015 wird dabei das Jahr der Bewährung – und das nicht nur für den Umweltbereich sondern für die gesamte EU. Die Situation ist dramatisch. Der Kontinent befindet sich im Würgegriff einer ökonomischen und sozialen Krise, die in einigen Ländern bereits erschreckende Ausmaße annimmt. Die Politik steht dieser Krise hilflos gegenüber und bietet

häufig „mehr vom gleichen“ an, um die Probleme zu lösen.

Die Enttäuschung über die etablierte Politik schürt den Ärger der Menschen und führt zu Protestwahlen. Einige dieser so erstarkten Protestparteien schüren Angst und Hass und die meisten stehen Brüssel äußerst skeptisch gegenüber. Vor diesem Hintergrund hat Junckers Kommission derzeit einen holprigen Start.

Wir haben die Zusammensetzung der neuen EU-Kommission heftig kritisiert und ebenso ihre [anfänglichen Pläne, die Gesetzepakete zu sauberer Luft und Kreislaufwirtschaft einzustampfen](#). Wir sind in Sorge, dass die neue Führung eher Lösungen aus der Vergangenheit ausgräbt, statt innovative Lösungsansätze zu suchen. Auch sind wir besorgt, dass die Kommission fälschlicherweise annehmen könnte, dass die Umweltgesetzgebung eine Belastung für die Wirtschaft darstellt. Dies wurde in modernen wirtschaftlichen Forschungen widerlegt (vgl. Artikel in der Zeitschrift [The Economist](#)). Ein paar wenige wichtige Tests werden schwerwiegende Auswirkungen auf die Natur, die EU und auf uns alle haben.

„Bessere Regulierung“ oder Deregulierung?

Präsident Juncker und seine Kommission scheinen der Deregulierung verfallen zu sein. Aus dem Mandat des Umweltkommissars und aus dem vorgelegten Arbeitsprogramm wird die Überzeugung Junckers deutlich, dass eine Verringerung der Regulierung immer gut ist. Weiterhin scheint Juncker in Kauf zu nehmen, dass für die Erholung der Wirtschaft die über Jahrzehnte entstandenen Regelwerke, die zum Schutz der Gesundheit und der Rechte der Europäer und zum Schutz der Umwelt entstanden sind, eingestampft werden. Die Finanzkrise, in der wir uns derzeit befinden, ist hauptsächlich aufgrund der Deregulierung der Finanzmärkte entstanden. Dieses Prinzip auf unsere übrigen Lebensbereiche auszudehnen wäre Wahnsinn. Vizepräsident Timmermans wurde die Aufgabe übertragen, für eine „bessere Regulierung“ zu werben. Er wird beweisen müssen, dass mit dem

Begriff „besser“ auch wirklich „besser“ gemeint ist und nicht „weniger“. Ein guter Anfang wäre, wenn er die ideologischen Angriffe auf die FFH- und die Vogelschutzrichtlinie einstellen und sich dafür einsetzen würde, dass diese besser umgesetzt werden. Eine weitere gute Idee ist die, Mindeststandards bei der Umweltprüfung einzuführen, um sicherzustellen, dass die bestehenden EU-Gesetze auch wirklich eingehalten werden.

Weniger Europa oder ein Europa der Bürger?

Seit den Wahlen sind die Politiker in Europa der Meinung, dass die Gewinne der euroskeptischen Parteien damit zu begründen ist, dass die Menschen „weniger Europa“ möchten. Die britische Regierung setzt sich aggressiv dafür ein, die gemeinsame europäische Politik zurückzudrängen und droht skrupellos mit dem Ausstieg Großbritanniens aus der EU, um Zugeständnisse zu erzwingen. Tatsache ist aber, dass es die meisten Europäer, die Briten eingeschlossen, nicht wirklich interessiert, ob es ein Mehr oder ein Weniger an EU gibt. Sie interessiert hingegen, ob ihre Interessen gebührend vertreten werden. An der EU-Gesetzgebung zu sägen, um Kritiker zum Schweigen zu bringen, führt einzig und allein zu einem Niedergang der EU. Wichtig ist, dass die Bedeutung der EU bei Themen hervorgehoben wird, die für die Menschen wichtig sind, z.B. beim Naturschutz. Starke Gesetze zur Luftreinhaltung, die Menschenleben retten, Geld einsparen und unsere Städte lebenswert machen, wären ein Weg, die EU für ihre Bürger bedeutsam zu machen.

Entwicklungsmodell

Die europäischen Regierungen versuchen derzeit, mit überholten Herangehensweisen ein bereits gescheitertes Wirtschaftsmodell wieder zum Leben zu erwecken. Europa hat ein großes Problem mit Arbeitslosigkeit, aber gute Jobs entstehen nicht dadurch, indem man an Kohlekraftwerken festhält und weitere Pipelines, Autobahnen und Hotelkomplexe am Meer baut. Gute Jobs kann man z.B. bei der Energieeffizienz, bei erneuerbaren Energien sowie bei der Pflege

und der Renaturierung von Ökosystemen schaffen. Es ist nun an der Zeit, dass die Kommission ein Wirtschaftsmodell der Zukunft verfolgt und nicht länger am Wirtschaftsmodell der Vergangenheit festhält. Das Kreislaufwirtschaftspaket und der Kampf über die Klima- und Energieziele 2030 müssen genau beobachtet werden.

Einzelinteressen vs. öffentliche Güter

Bei den Bürgern ist verständlicherweise der Eindruck entstanden, dass die europäischen Institutionen oft nur die Interessen Einzelner vertreten, statt öffentliche Güter zu schützen. Dies schürt Ressentiments gegen Brüssel und die EU-Politik. Die neue Kommission muss klar Schiff machen, wenn sie eine Wiederannäherung der Bürger Europas mit der EU erreichen will. Beispielsweise könnten Bürger direkt für ihre Rechte eintreten, wenn sie unmittelbar Zugang zur Justiz hätten. Umgekehrt wäre die Unterzeichnung des transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) kontraproduktiv, denn dadurch würde der Eindruck, dass Europa von einem Club rücksichtsloser, undemokratischer und wohlhabender Geschäftsleute regiert wird, noch weiter verstärkt. Durch TTIP könnten Unternehmen gegen Regierungen klagen, die ganz demokratisch Gesetze zum Schutz von Gesundheit und Umwelt erlassen (wie im Investor-Staat-Schiedsgerichtverfahren ISDS vorgeschlagen).

Interne Funktionsfähigkeit der Kommission

Und schlussendlich bleibt abzuwarten, was bei der Vertikalisierung der Kommission durch die Einführung eines dualen Systems aus „Junior-“ und „Senior-“ Kommissaren herauskommt. Bestenfalls wird das Silo-Denken weichen und eine wirklich nachhaltige Entwicklung wird gefördert. Eine Entwicklung, bei der ökonomische, soziale und ökologische Belange zugleich berücksichtigt werden. Im schlechtesten Fall kann dieses System zu einer Lähmung führen und es müssten noch mehr Hürden überwunden werden, bevor ein Vorschlag von der Kommission verabschiedet wird.

Der Fitness-Check der EU-Naturschutzrichtlinien: Rückschritt oder Erfolg?



Foto: Derek Lawlor

Ab Januar 2015 führt die EU-Kommission einen „Fitness Check“ der [Vogelschutzrichtlinie](#) (2009/147/EC) und der [FFH-Richtlinie](#) (92/43/EEC) als Bestandteil ihres [REFIT](#)-Programms durch. REFIT ist ein Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung. Das EU-Recht soll einfacher werden und weniger Kosten verursachen. Fitness Checks sind umfassende, auf Beweise gestützte Evaluierungen, mit deren Hilfe Verwaltungsaufwand, Überschneidungen, Lücken und Widersprüchlichkeiten herausgearbeitet werden sollen.

In der ersten Jahreshälfte wird es eine öffentliche Internetbefragung geben und es werden in allen EU-Mitgliedstaaten Expertenbefragungen durchgeführt. Im September 2015 findet eine Konferenz mit allen Interessengruppen statt, und Anfang 2016 sollen die Ergebnisse des Fitness Checks vorgestellt werden.

Die Vogelschutzrichtlinie und die FFH-Richtlinie bilden den wesentlichen rechtlichen Rahmen für den Naturschutz in der EU. Durch sie konnten stark bedrohte Lebensräume und Arten geschützt und lebenswichtige Ökosystemleistungen gesichert werden. Die Richtlinien sind das Fundament des Natura 2000 Schutzgebietsnetzes, das mehr als 17 Prozent der Landfläche Europas bedeckt. Neueste Zahlen und Studien zeigen, dass Vögel wie der Seeadler oder die Großtrappe von der Vogelschutzrichtlinie

profitiert haben. Sie muss ordnungsgemäß umgesetzt werden, wenn wir unser Ziel, den Verlust der Biodiversität zu stoppen und eine Trendwende einzuleiten, auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene erreichen wollen.

In vielen Mitgliedsstaaten hapert es noch an der Umsetzung der Richtlinien, außerdem werden Naturschutzmaßnahmen absolut unzureichend finanziert. Dies behindert sowohl den Naturschutz als auch die Wirtschaft. Ein Beispiel ist die fehlende Ausweisung von marinen Schutzgebieten in einigen Mitgliedsstaaten, was negative Auswirkungen auf den offshore Windenergiesektor hat. Unternehmen wie CEMEX und Heidelberg Cement haben öffentlich erklärt, dass die Naturschutzrichtlinien keine Behinderung für fortschrittliche Unternehmen darstellen. Ganz im Gegenteil: Sie bieten den Unternehmen sogar Planungssicherheit.

Sobald der "Fitness Check" durchgeführt wird, werden die Naturschutzgegner aktiv werden und versuchen, die Naturschutzgesetze zu schwächen – aus Eigeninteressen und zum Schaden der Bürger Europas. Hüten Sie sich vor Wölfen im Schafspelz. Sie werden versuchen, unter dem Deckmäntelchen der Modernisierung in die 1970er Jahre zurückzukehren, einer Zeit, in der die wirtschaftliche Entwicklung auf Kosten der Natur und der Gesundheit der EU-Bürger stattfand und in der Naturzerstörung an der Tagesordnung war.

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht hilfreich, die Erfahrung Großbritanniens in Betracht zu ziehen. Das Vereinigte Königreich hat bereits selbst den Stand der Umsetzung der FFH- und der Vogelschutzrichtlinien überprüft. Ergebnis war, „dass in den allermeisten Fällen die Umsetzung der Richtlinien gut funktioniert. Einerseits werden grundlegende Infrastrukturen entwickelt, andererseits wird ein hohes Umweltschutzniveau erreicht“.

In einer aktuellen Umfrage, dem Eurobarometer, kam heraus, dass sich 95 Prozent der Europäer persönlich mit der Natur verbunden fühlen und

dass 77 Prozent die Umweltgesetze unterstützen. Die Herausforderung besteht nun darin, sicherzustellen, dass Herr Vella und Herr Juncker auch realisieren, wie effektiv, effizient und beliebt die Richtlinien sind wenn es um Naturschutz geht.

Die EU-Biodiversitätsstrategie im Jahr 2015 – Zwischenbilanz



(c) Stephen Sheridan

Es sind Maßnahmen notwendig, um die Umsetzung bestehender Umweltgesetze in der EU zu verbessern. Kommissionspräsident Juncker und Vizepräsident Timmermans haben erklärt, dass dies ihre Absicht sei und dass sie nicht noch mehr Regeln aufstellen wollen. Hier könnten sie damit beginnen und zeigen, dass sie es ernst meinen.

Die EU-Biodiversitätsstrategie 2020 ist eine der tragenden Säulen des Naturschutzes in der EU. Ziel der Strategie ist es, bis 2020 den Verlust der biologischen Vielfalt und die Verschlechterung von Ökosystemen und ihrer Leistungen zu stoppen. Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten in der Strategie eine Reihe von Zielen und Maßnahmen festgelegt, als Sie feststellten, dass die Umsetzung der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie schleppend vorangeht und von anderen Politikbereichen behindert wird.

Insgesamt wurden in der Strategie sechs Hauptziele formuliert. Die Mitgliedsstaaten und die Kommission verpflichten sich zur: 1) vollständigen Umsetzung der Vogelschutz- und der Flora-Fauna-Habitatrichtlinie, 2) Verbesserung durch grüne Infrastrukturen und Wiederherstellung von mindestens 15 Prozent der verschlechterten Ökosysteme, 3) Erhöhung des Beitrags von Land- und Forstwirtschaft zur Erhaltung und Verbesserung der Biodiversität, 4) Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik um ökologische Schäden zu minimieren, 5) Bekämpfung invasiver, gebietsfremder Arten und 6) Intensivierung der Maßnahmen zur Bewältigung der globalen Biodiversitätskrise.

Die Kommission überwacht die Fortschritte bei der Erreichung der Zielvorgaben. In der zweiten Jahreshälfte sollen erste Ergebnisse veröffentlicht werden. Wir denken, dass dies ein guter Zeitpunkt ist, Zwischenbilanz zu ziehen und zu überprüfen, welche Erfolge die Strategie verbuchen konnte und woran es noch hapert. Unser Bericht dazu wird bereits im ersten Halbjahr 2015 veröffentlicht, also vor der Bestandsaufnahme der Kommission.

Einer der größten Erfolge ist die Verabschiedung einer Verordnung zur Bekämpfung invasiver gebietsfremder Arten. Dennoch bleibt abzuwarten, ob es der Kommission tatsächlich gelingen wird, diese Arten auch auf die Liste invasiver gebietsfremder Arten von EU-weiter Bedeutung aufzunehmen. Denn nur wenn die Arten auf der Liste stehen, können auch tatsächlich EU-weit Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung durchgeführt werden. Gerüchten zufolge treten bereits Lobbyisten in Aktion. Beispielsweise wollen Gartencenter unbedingt weiterhin Wasserhyazinthen verkaufen, ungeachtet der Tatsache, dass diese Art enorme ökonomische und ökologische Schäden anrichtet, wenn sie in Flüsse und Seen einwandert. Und auch die Pelzindustrie wird sicherlich alles daran setzen, eine Aufnahme des Amerikanischen Nerzes auf die Liste zu verhindern.

Wir sind schon auf die Einschätzung der Kommission bezüglich der Reform der GAP gespannt. Die Beweise häufen sich, dass sich das Greening der Gemeinsamen Agrarpolitik keine positiven Effekte auf die biologische Vielfalt hatte

(<http://www.birdlife.org/europe-and-central-asia/news/scientists-confirm-worst-fears-new-eu-policy-agriculture-bad-nature>). Nun stellt sich die Frage, ob die Kommission eine ehrliche Bestandsaufnahme vorlegt, oder ob die Versuchung zu groß ist, die Ergebnisse weiterhin zu beschönigen.

Das Jahr 2015 wird für die Biodiversitätsstrategie der EU auch in anderer Hinsicht entscheidend sein. Eines der wesentlichen Elemente, die Initiative zur Vermeidung von Nettoverlusten an Biodiversität und Ökosystemleistungen, wird in diesem Jahr veröffentlicht. Wir von BirdLife sind nach wie vor sehr besorgt über eine Möglichkeit, die die Kommission für diese Initiative in Betracht zieht - die Einführung von gesetzlichen Regelungen zu Ausgleichsmaßnahmen. Dies wäre ein trojanisches Pferd für die Naturschutzbewegung in der EU, denn in vielen Mitgliedsstaaten sind die Möglichkeiten unzureichend, eine Untergrabung bestehender Naturschutzbemühungen durch Ausgleichsmaßnahmen zu verhindern. In einigen Mitgliedsstaaten hätte derzeit ein derartiges Gesetz verheerende Folgen für den Naturschutz.

Wir hoffen, dass die Kommission stattdessen Maßnahmen ergreift, um die Umsetzung der bestehenden Umweltgesetze zu verbessern. Dazu gehören neue Gesetzesvorschläge zum Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten und zu Umweltinspektionen, zwei äußerst bedeutsame Schritte hin zu einer besser funktionierenden Umweltgesetzgebung. Kommissionspräsident Juncker und Vize Timmermans haben wiederholt gesagt, dass ihnen eine ordnungsgemäße Umsetzung von EU-Recht lieber ist als die stetige Anhäufung weiterer Regeln. Hier könnten sie damit beginnen und zeigen, dass sie es ernst meinen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Biodiversitätsstrategie spannende Zeiten bevorstehen. Wir halten Sie auf dem Laufenden!

Nachhaltige Fischerei und mögliche Schlupflöcher



Trawler (c) Guy Shorrock

Die Meere Europas stehen kurz vor dem ökologischen Zusammenbruch. Trotz der verbesserten Gemeinsamen Fischereipolitik versuchen bestimmte Gruppen, die Anstrengungen zu einer nachhaltigeren Ausrichtung der Fischerei zunichte zu machen. Fischereibewirtschaftungspläne können nicht länger aufgeschoben werden und die Mitgliedstaaten müssen sich anstrengen, um die Umweltrichtlinien umzusetzen. Die erste Gelegenheit hierfür bietet sich beim Meerjahresplan für die Ostsee, der ein Vorreiter für alle weiteren regionalen Pläne sein wird.

Die EU hat ihre Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) 2013 überarbeitet. Die Fischerei in Europa soll besser und nachhaltiger werden. Trotzdem sind noch weitere neue Regelungen nötig, damit dieser neue Ansatz auch wirklich Früchte tragen kann. Leider versuchen bestimmte Gruppen, die Anstrengungen zu einer nachhaltigeren Ausrichtung der Fischerei zunichte zu machen, indem sie auf unlogische Schlupflöcher drängen. In 2015 werden wir sicherstellen müssen, dass das Ziel, die Meere und ihre Ressourcen nachhaltig zu nutzen, auch wirklich erreicht werden kann.

Gute Bewirtschaftung kann 2015 in der Ostsee beginnen

Die Entscheidungsträger können den Ball mit dem mehrjährigen Fischereiwirtschaftsplan für die Ostsee ins Rollen bringen. Dieser Plan kann ein Vorreiter für

weitere regionale Pläne werden. Er bezieht mehrere Fischbestände – Dorsch, Hering und Sprotten – ein. In dem Plan sollte genau festgelegt werden, wie viele Individuen maximal gefangen werden können, welche Notfallmaßnahmen durchgeführt werden müssen, wenn die Fischbestände eine kritische Schwelle unterschreiten und welche Fangtechniken die Fischer anwenden sollten, um ihren Einfluss auf die Meeresumwelt so gering wie möglich zu halten. Für dieses Jahr erwarten wir auch weitere Regelungen zur Kontrolle der von den Fischern erhobenen Daten, zu technischen Maßnahmen (z.B. Regeln zu Fischereigeräten) und einen Plan für die Nordsee und den Atlantik.

Warum ist uns das so wichtig?

Seevögel sind von der Misswirtschaft stark betroffen, nicht nur weil durch die Überfischung ihre Nahrungsgrundlage in Gefahr ist, sondern auch weil sie häufig versehentlich in Netzen/Leinen sterben. Es gibt einfache und kostengünstige Möglichkeiten, wie die Fischerei selektiver gestaltet werden kann. Wir müssen diese Themen angehen, wenn wir einerseits eine gesunde Meeresumwelt und andererseits eine lebensfähige Fischerei sicherstellen wollen. Wird die Fischereibewirtschaftung ordnungsgemäß umgesetzt, könnten wir sicherstellen, dass die Fischer noch lange Zeit ihrem Beruf nachgehen können (statt ihre Branche innerhalb der nächsten Jahre zugrunde zu richten) und dass die Zahl der gefangenen Seevögel drastisch reduziert wird.

Beispiel für ein unlogisches Schlupfloch, das die Politik vermeiden muss

Manchmal haben Politiker einen seltsamen Sinn für Humor, wenn es um Schlupflöcher geht. Wenn ein Fischer Fische fängt, auf die er es nicht abgesehen hatte, wirft er sie wieder über Bord (Rückwurf). Da sind die meisten Fischer aber schon tot. Leider schaden die unerwünschten Beifänge (die dann zum Rückwurf führen) sowohl den Fischbeständen als auch dem Meeres-Ökosystem, denn häufig werden die jungen Fische, die noch nicht gelaicht haben, über Bord geworfen.

Zum Glück wurde in der neuen GFP festgelegt, dass alle gefangenen Fische auch wirklich angelandet werden müssen, was einem "Verbot" des Rückwurfs gleichkommt. Dies ist ein richtiger Schritt, denn Fischer werden so dazu motiviert, selektivere Fangmethoden anzuwenden. Außerdem kann besser nachvollzogen werden, wie viel Fisch tatsächlich gefangen wurde. Leider versuchen Politiker immer wieder, Schlupflöcher zu schaffen, um ihren Freunden aus der Industrie entgegenzukommen.

Fische, die mit Haken oder Netzen gefangen werden, sind für Seevögel oder Robben leichte Beute. Sie fressen die Fische an und die Fischer wiederum werfen die beschädigten Fische nur zu gerne über Bord. Wo ist nun das Schlupfloch? Die EU-Mitgliedstaaten haben entschieden, dass ein durch eine Robbe beschädigter Fisch eines „natürlichen Todes“ gestorben ist. Es ist schon so äußerst fragwürdig, den Tod von Fischen, die in Netzen oder an Haken gefangen werden, als natürlich zu bezeichnen. Aber das eigentliche Problem ist, dass das Rückwurfverbot dadurch untergraben werden könnte. Die Fischer dürften diese beschädigten Fische zurückwerfen, ohne darüber Buch führen zu müssen. Dadurch besteht die Gefahr, dass sie ihren Beifang nicht anlanden, sondern alles auf die Robben schieben. Diese Schlupflöcher können vermieden werden, wenn sowohl der Rat als auch das EU-Parlament eine gesetzlich verbindliche Gesetzgebung umzusetzen (d.h. die neue GFP). Werden sie sich für die langfristige Gesundheit der Ökosysteme, der Fischbestände und der Fischereibranche einsetzen? Oder werden sie wieder bei der Aussicht auf kurzfristige Gewinne einknicken?

Was müssen die Entscheidungsträger 2015 tun?

Die Meere Europas stehen kurz vor dem ökologischen Zusammenbruch. Neue Fischereibewirtschaftungspläne dürfen nicht dem Zufall überlassen werden: Nur so kann eine Verbesserung des ökologischen Zustands unserer Meere und der von ihnen abhängigen Branchen (einschließlich Fischerei und Tourismus)

gewährleistet werden. Stattdessen müssen detailliertere Regeln zu Fischereifahrzeugen formuliert werden. Außerdem müssen sich die Mitgliedsstaaten noch stärker bemühen, die Umweltrichtlinien umzusetzen. Dazu gehört auch die Ausweisung zusätzlicher Meeresschutzgebiete für Seevögel – nicht nur für die Einhaltung der Vogelschutzrichtlinie sondern auch für eine wirksame und effiziente Meeresraumplanung in der EU.

EU-Klima- und Energiepolitik für das nächste Jahrzehnt festlegen



Windpark (c) rspb-images.com

Die Politik darf sich nicht nur auf die Verringerung von Emissionen konzentrieren sondern wir brauchen auch einen politischen Rahmen, der allgemein einen nachhaltigen Weg vorgibt. Neue Schlagworte wie „Energieunion“ oder „neues Umsetzungskonzept“ tauchen nun in der Debatte auf, wobei diese Begriffe viel Interpretationsspielraum lassen.

Im Jahr 2015 muss festgelegt werden, wie die Klima- und Energiepolitik der EU im nächsten Jahrzehnt aussehen wird. Es muss festgelegt werden, wie weit unser Engagement über die angestrebten Prozentangaben hinausgeht und unter welchen Bedingungen Investoren, Hersteller und Energieproduzenten zukünftig ihre Entscheidungen treffen werden.

In diesem Jahrzehnt lag das Hauptaugenmerk darauf, einen soliden rechtlichen Rahmen für Klimaschutz in der EU und in den Mitgliedsstaaten zu schaffen, um die Ziele bis 2020 zu erreichen. Notwendige Gesetze und Förderregelungen wurden eingeführt, um die Nutzung erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz voranzutreiben.

Ergebnisse und Erfolge sind jedoch noch ziemlich spärlich. Zwar gehen die Emissionen zurück, aber dies liegt wohl in erster Linie an der Wirtschaftskrise und an der Deindustrialisierung. Die Effizienz hat sich in einigen Branchen verbessert, z.B. bei Autos, aber insgesamt gesehen sind die Energieeinsparungen nach wie vor eher bescheiden.

Die erneuerbare Energien-Industrie hat einen beeindruckenden Start hingelegt und die Preise für Solarpanels sinken drastisch. Dennoch werden viele Ziele erst durch die Nutzung von Bioenergie erreicht, deren echter Nutzen für die Ökologie und das Klima jedoch mehr als fragwürdig ist. Dennoch wurde klar vorgegeben, in welche Richtung die Fahrt für Unternehmen gehen soll.

Für das kommende Jahrzehnt wurden ehrgeizige Ziele für den Klimaschutz in der EU [vereinbart](#). Leider ist aber die Ungewissheit groß, mit welchen gesetzlichen Mitteln diese Ziele eingehalten werden sollen. Neue Schlagworte wie „Energieunion“, „neues Umsetzungskonzept“ oder „EU-weit verbindliche Ziele“ tauchen nun in der Debatte auf, wobei diese Begriffe viel Interpretationsspielraum lassen. Die Politik darf sich nicht nur auf die Verringerung von Emissionen und auf die Einhaltung von Zielen bei der Energieerzeugung konzentrieren, sondern es ist auch ein politischer Rahmen notwendig, der allgemein einen nachhaltigen Weg vorgibt. Auf welchen Weg deuten die neuen Schlagworte der Kommission hin?

Der erste Moment der Wahrheit wird eine *Mitteilung der Kommission über den „Strategischen Rahmen für die Energieunion“* sein, die für die ersten Monate 2015 erwartet wird.

Darin wird der politische Rahmen dafür festgelegt, was eine Energieunion umfassen wird. Wird es ein Element der breiteren Energie- und Klimaschutzpolitik der EU sein, mit Schwerpunkt auf Energiesicherheit, Resilienz und stärker integrierten Energiemärkten? Oder wird es die gesamte Klima- und Energiepolitik der Union umfassen, was zur Folge hätte, dass die Abschwächung des Klimawandels nur eines von vielen Zielen der Energiepolitik wäre. BirdLife Europa glaubt fest daran, dass die Bekämpfung des Klimawandels in der gesamten Wirtschaft stattfinden muss, auch außerhalb der Energiebranche, z.B. in der Landwirtschaft, im Transportwesen und in der Raumordnung.

Ein weiteres Moment der Wahrheit wird in der zweiten Jahreshälfte kommen, denn dann soll eine weitere Mitteilung veröffentlicht werden, die *Mitteilung der Kommission über die „neue Governance für den Klima- und Energierahmen bis 2030“*. Bereits jetzt wird die Effektivität der EU-weit verbindlichen Ziele, die dem Europäischen Rat zufolge nicht in national verbindliche Ziele umgewandelt werden sollten, angezweifelt und es besteht große Unsicherheit. Sogar die [IEA \(Internationale Energieagentur\)](#) hat betont, dass diese Ungewissheiten Investitionen und Innovation zu verlangsamen drohen, insbesondere bei den Erneuerbaren Energien. Die Kommission hat erklärt, dass ein „neues Governance System“ entwickelt wird, mit dem alle Herausforderungen bewältigt werden sollen. Die Ausgestaltung dieses Systems wird darüber entscheiden, ob die EU-weiten Ziele Absichtserklärungen bleiben oder ob sie die Entwicklung eines ehrgeizigen und stabilen Rahmens für Erneuerbare Energien und insbesondere Energieeffizienz vorantreiben.

Im Jahr 2015 wird auch darüber entschieden, ob die *Transportbranche*, der zweitgrößte Verursacher von Treibhausgasen, ein Thema in der Klimapolitik der EU bleibt. Anders als in vielen anderen Branchen nehmen hier die Treibhausgasemissionen nach wie vor rapide zu. Ein „Aussparen“ dieser Branche bei den Klimaschutzbemühungen wäre daher kaum zu rechtfertigen. Dennoch hat die Kommission

vorgeschlagen, die zwei wesentlichen Initiativen im Transportwesen zu streichen. Dies sind Kohlenstoffeinsparungen bei Kraftstoffen (Bestandteil der Richtlinie über die Kraftstoffqualität) und die Nutzung Erneuerbarer Energien im Transportwesen nach 2020. Ob das Transportwesen im Klimarahmen 2030 ausgespart wird, dürfte aus einer weiteren Mitteilung der Kommission, der *Mitteilung über „einen ganzheitlichen Ansatz bei erneuerbaren Energien im Transportwesen“* hervorgehen, die später in diesem Jahr veröffentlicht werden soll.

Ein neuer Start ist nötig, denn bisher konnten die EU-Initiativen keine größeren Veränderungen im Transportwesen bewirken, z.B. den Weg für eine Elektrifizierung frei zu machen. Beispielsweise hat sich herausgestellt, dass die Umstellung von fossilen Brennstoffen auf Biokraftstoffe ein großer Fehler war. Dies hat die Kommission bereits eingestanden. Es ist von größter Bedeutung, dass es im Jahr 2015 endlich gelingt, *die Nutzung von Nahrungsmitteln und anderen Früchten für die Produktion von Treibstoffen zu begrenzen*. Denn dadurch entstehen weitere Emissionen durch indirekte Landnutzungsänderungen.

Bereits in diesem Jahr sollten die Lehren, die man aus dem kurzsichtigen Drängen auf Biokraftstoffe gezogen hat, zusammengetragen werden. Die EU kann es sich nicht leisten, ein weiteres Jahrzehnt fälschlicherweise anzunehmen, dass alle Formen der Bioenergie Null Kohlenstoffemissionen hervorrufen und sie darf auch nicht weiterhin die Grenzen der Nachhaltigkeit bei der Biomasseversorgung ignorieren.

All diese anstehenden Mitteilungen, Dokumente und Entscheidungen werden von großer Bedeutung für den klima- und energiepolitischen EU-Rahmen sein. Die wichtigsten Rechtsvorschriften – *das Emissionshandelssystem, die Erneuerbare-Energien-Richtlinie und die Energieeffizienzrichtlinie* – werden im vorgegebenen Rahmen überarbeitet und diskutiert. Neue Gesetzesvorschläge sind für 2015 nicht zu erwarten, aber in den Büros der Kommissionsbeamten wird wohl viel überlegt und diskutiert werden. Im Lauf des Jahres werden bestehende

Gesetze ausgewertet, und [Konsultationen](#) zu deren Überarbeitung werden stattfinden.

2015 ist das Jahr, in dem neue Ideen entwickelt werden und neue Perspektiven entstehen. Es ist auch das Jahr, in dem die Klima- und Energiepolitik so ausgerichtet werden muss, dass sie [im Einklang mit der Natur](#) ist. Die Kapazität unserer Ökosysteme muss berücksichtigt werden. Wir müssen endlich erkennen, dass die Bekämpfung des Klimawandels nur zusammen mit dem Schutz der Biologischen Vielfalt einhergehen kann.

Die Gestaltung und Festlegung unserer Klima- und Energiepolitik wird auch bestimmen, welche Rolle die EU bei der 21. Klimakonferenz *Paris* spielen kann, bei der ein neues Klimaschutzabkommen vereinbart werden muss. Es wird nicht genügen, nach Paris zu fahren mit nur einer Zahl (- 40 Prozent Treibhausgaseinsparungen) in der Tasche. Die EU muss greifbare Pläne vorweisen können, wie dieses Ziel erreicht werden kann und sie muss zeigen, dass der politische Wille besteht, auch über dieses Ziel hinaus Emissionen einzusparen.

**Die Gemeinsame Agrarpolitik im Jahr 2015:
Warten auf Ergebnisse**



Foto: Ariel Brunner

Eine Lesewiederholung des endgültigen Gesetzestextes und der delegierten Rechtsakte lässt unsere Begeisterung schwinden. Alle Augen sind nun darauf gerichtet, ob die neue GAP vereinfacht wird, ob sie umgesetzt wird und ob sie überhaupt positive Effekte auf die Natur hat.

Im Bereich der Landwirtschaft wird 2015 ein weiteres sehr interessantes Jahr. Nach fünf langen Verhandlungsjahren werden allmählich erste Ergebnisse des berühmten Greenings der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sichtbar. Die GAP Reform 2014-2020 wird endlich Realität!

Wir haben schon viel zu lange darauf gewartet. Eine Lesewiederholung des Gesetzestextes und der delegierten Rechtsakte ernüchert uns. Die Erwartungen, dass die GAP Reform ein echtes Greening schaffen oder in anderer Art und Weise der Natur zu Gute kommen wird, sind gering oder kaum vorhanden. Aus diesem Grund ist es für BirdLife von größter Bedeutung, die Umsetzung der Gesetze im Jahr 2015 mitzuverfolgen und zu kommentieren.

Was das Greening angeht wissen wir im Großen und Ganzen schon, was geschehen wird; Für die Ländliche Entwicklung stehen hingegen noch zahlreiche Entscheidungen aus bzw. Beschlüsse müssen von der Kommission noch gebilligt

werden. BirdLife und die BirdLife Partner werden bei der Fertigstellung der Programme für Ländliche Entwicklung intensiv beteiligt sein. Sie werden Regierungen und der Kommission bei den schwierigen Entscheidungen helfen, wie begrenzte Ressourcen und stetig steigende Nachfrage miteinander vereinbart werden können. BirdLife ist bereits in fast allen EU-Staaten beteiligt und wird auch weiterhin mitwirken.

Auch wird BirdLife stärker als je zuvor zu seinen Wurzeln zurückkehren. Diejenigen, die denken, dass wir nur über die Worte „grün“ und „nachhaltig“ diskutieren, irren sich. Uns interessiert in erster Linie die Frage, was die Landwirte vor Ort machen und welche Auswirkungen dies auf die biologische Vielfalt in der Kulturlandschaft haben wird. Zum Beispiel interessiert uns, wie sich die Bestände von Feldlerche, Goldammer, Rebhuhn und Wachtel entwickeln werden. In diesem Jahr werden wir unsere umfassenden Forschungsergebnisse in Berichtsform veröffentlichen, in denen Entscheidungsträger und andere Beteiligte vor Ort über den derzeitigen Zustand der Biodiversität in der Agrarlandschaft informiert werden.

Und wir haben nicht nur die Vögel im Blick, wir werden auch die Landschaft an sich und mögliche Veränderungen beobachten. Wird es mehr oder weniger Diversität auf den Feldern und außerhalb der Felder geben; mehr oder weniger Monokulturen; mehr oder weniger Landschaftsstrukturen wie Hecken, Gehölzsäume, Pufferstreifen zwischen den Feldern; feuchte Bereiche auf Feldern, kleine Bäche, Büsche, etc. Sie alle sind für unsere Landschaft wichtig, nicht nur für die Vögel, denen sie Nahrung und Deckung bieten, sondern auch für viele nützliche Insekten, wie Bienen, oder für Regenwürmer. Diese sind in der Landwirtschaft wichtige Bestäuber oder lockern den Boden auf. Diese Strukturen sind es, die die Kulturlandschaft so attraktiv für die Menschen machen und die zahllose Tourismusprospekte schmücken. BirdLife wird ein Auge auf diese Entwicklung haben und die guten und schlechten Entwicklungen bei der Umsetzung der GAP herausarbeiten.

Inmitten all dieser Entwicklungen werden wir sehr genau zuhören, was unser neuer Minister für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung zu sagen hat: Möchte er lediglich eine Vereinfachung oder ist er an einer neuen Vision für die Landwirtschaft interessiert? Wir wissen, dass der neue Kommissar unter Druck steht, die Politik zu vereinfachen. Wir wissen aber auch – Dank Herrn Professor Matthews, der uns [in einem aktuellen Artikel](#) daran erinnert – dass diese Forderung bereits seit 20 Jahren von jedem Landwirtschaftskommissar mantraartig wiederholt wird. Seine Agenda ist gut gefüllt mit vielfältigen Aufgaben, die von geographischen Herkunftsangaben auf Obst und Gemüse bis hin zu einer Vereinfachung der Verordnungen zur Umsetzung der Gemeinsamen Marktorganisation reichen. Wir werden ein besonderes Augenmerk auf seinen Vorschlag zur Überprüfung der viel diskutierten Ökologischen Vorrangflächen legen. Die wenigen Punkte beim Greening, die für die Natur Nutzen stiften könnten, werden durch die Agrarlobby und manche Mitgliedsstaaten untergraben. BirdLife wird die Vorschläge der Kommission auswerten und gleichzeitig versuchen, neue Ideen zur Vereinfachung von Verwaltungsverfahren zu entwickeln.

Im Jahr 2015 werden die Ergebnisse des Monitoring dringender benötigt als je zuvor, um über Alternativen aufzuklären. Bei früheren GAP Reformen mussten wir bereits erfahren, dass ein Greening der ersten Säule nicht einfach ist und möglicherweise niemals stattfinden wird. Daher werden wir von BirdLife die GAP und ihre Ziele mit einem frischen Blick betrachten. Zeigen sich nach der Reform keine Verbesserungen und nimmt die biologische Vielfalt in der Agrarlandschaft weiterhin so rapide ab, werden sich neue Wege eröffnen, wie diese Ziele erreicht werden können. Neue und interessante Wege, die uns von Säule 1 wegführen.

Aus Naturschutzsicht

Wissenschaft in 2015: Erhebung der europäischen Vogelbestände



Waldbaumläufer © Ariel Brunner

Im Jahr 1994 wurde geschätzt, dass sich 38 Prozent der Arten in einem ungünstigen Erhaltungszustand befinden. Bis 2004 stieg der Prozentsatz auf 43 und betrachtet man allein die EU, so stieg er sogar auf 48 Prozent. Bei der Erhebung 2015 wird ermittelt, ob es der EU gelingen wird, wie geplant bis zum Jahr 2020 den Anteil der Arten, die sich in einem stabilen oder verbesserten Erhaltungszustand befinden, um 50 Prozent anzuheben.

Das Jahr 2015 wird ein wichtiges Jahr bei der Erhebung der europäischen Vogelbestände werden. Zwischen 2012 und 2014 hat die europäische Kommission die Bewertung des Aussterberisikos von Vogelarten in der EU und auf gesamteuropäischer Ebene finanziert. BirdLife International leitet derzeit das Konsortium bestehend aus [European Bird Census Council](#), [Wetlands International](#), [IUCN](#), [BTO](#), [Sovon](#), [RSPB](#), [Czech Society for Ornithology](#) und BirdLife Europe, das eine Bestandsaufnahme des Erhaltungszustands aller europäischen Arten durchführt. Bereits 1994 wurde festgestellt, dass sich 38 Prozent der Arten in einem ungünstigen Zustand befinden. Bis zum Jahr 2004 stieg der Anteil auf 43 Prozent, bei Betrachtung der EU allein liegt der Anteil sogar bei 48 Prozent. Bei der dritten Erhebung wird ermittelt, ob es der EU gelingen wird, wie geplant bis zum Jahr 2020 den Anteil der Arten, die

sich in einem stabilen oder verbesserten Erhaltungszustand befinden, um 50 Prozent anzuheben.

Ein wesentliches Ergebnis des Projekts wird die Veröffentlichung von Factsheets im Internet sein. Auf diesen Factsheets werden für jede der 520 regelmäßig in Europa vorkommenden Vogelarten die wichtigsten Aspekte zusammengefasst: Verbreitung, Populationsgröße, Bestandstrend, Lebensraum, Lebensraumansprüche, Hauptgefährdungen, Schutzmaßnahmen und regionaler (Gesamteuropa und EU) Rote-Liste-Status. Zusätzlich dazu wird es einen Bericht geben, in dem die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst werden.

Die Erhebung der europäischen Vogelbestände wird auch für andere Projekte der BirdLife-Partner von großer Hilfe sein: Bei der Datenerhebung zum illegalen Töten, Fangen und Handeln von Vögeln im Mittelmeerraum. Dies ist die erste wissenschaftliche Erhebung im gesamten Mittelmeerraum. Sie wird als Grundlage für eine Maßnahmenpriorisierung dienen und das weitere Vorgehen bei der Arbeit mit Regierungen und internationalen Konventionen erheblich erleichtern. Die BirdLife-Partner sollen beim Kampf gegen illegale Tötungen und beim Monitoring finanziell unterstützt werden, damit die Effekte von Schutzmaßnahmen, u.a. auch die [Vogelschutzrichtlinie](#), die [Berner Konvention](#), die [Bonner Konvention/AEWA/Raptor MoU](#) und Naturschutzmaßnahmen von BirdLife Partnern, bewertet werden können.

Eines der wichtigsten Ziele dieser Initiative ist es, Informationen über die Regionen zusammen zu tragen, in denen der Vogelmord am gravierendsten ist. Weiterhin soll beschrieben werden, welche Fangtechniken angewendet werden und wie viele Individuen jeder Art illegal getötet oder gefangen wurden. Dazu haben 26 BirdLife-Partner aus der Mittelmeerregion und BirdLife Georgien die relevanten Daten über den Vogelmord in ihren Ländern zusammengestellt. Die Ergebnisse sollen im zweiten Halbjahr 2015 vorgelegt werden.

Europäische Schutzgebiete erleichtern Tieren die Anpassung an den Klimawandel



Zwergsäger © Graham Catley

Der weltweite Temperaturanstieg beeinflusst die Tierwelt auf unterschiedlichste Art und Weise, z.B. verändert sich die geographische Verbreitung von Populationen. Neue Forschungsergebnisse [1] von Wissenschaftlern aus 16 Ländern, einschließlich BirdLife-Experten, zeigen auf, dass europäische Vogelschutzgebiete (SPAs) [2] die Anpassung erleichtern.

Die Studie, welche in der wissenschaftlichen Fachzeitschrift "Diversity and Distributions" veröffentlicht wurde, konzentrierte sich dabei auf den Zwergsäger, einen seltenen und geschützten Säger in Europa. Die überwinternde Population hat sich in den letzten 25 Jahren aufgrund der milder werdenden Winter immer weiter Richtung Nordosten ausgedehnt.

Mitautor Diego Pavón Jordán vom Finnischen Museum für Naturgeschichte sagt: „Derzeit verbringt ein Drittel der Gesamtpopulation den Winter in Nordosteuropa, während es vor zwei Jahrzehnten nur sechs Prozent waren. Außerdem war in den vergangenen 25 Jahren in den SPA Gebieten dieser Region der

Populationsanstieg doppelt so hoch wie außerhalb von SPA-Gebieten.

Die Forschungsergebnisse dokumentieren, dass Vogelschutzgebiete und gut konzipierte Schutzgebietsnetzwerke dazu beitragen, die Auswirkungen des Klimawandels auf die Biodiversität zu verringern, indem es durch den Schutz von hochwertigen Lebensräumen zu einer Neuverteilung der Arten kommt. Die Ergebnisse basieren auf Daten der Internationalen Wasservogelzählung aus 16 Ländern, die seit 1990 erhoben werden [4].

Aus den Ergebnissen geht jedoch auch hervor, dass das Netzwerk der europäischen Vogelschutzgebiete große Lücken aufweist, insbesondere im nördlichen Teil Europas. Viele Länder haben ihre SPA-Gebiete vor mehr als 20 Jahren ausgewiesen, als noch niemand an die gravierenden Umweltveränderungen, wie wir sie derzeit haben, dachte. Während in Lettland und Schweden zurzeit mehr als acht von zehn Zwergsängern in ungeschützten Gebieten überwintern, verbringen in Finnland nahezu alle Individuen den Winter außerhalb des Schutzgebietsnetzwerks.

Dieses Ergebnis veranlasste einen weiteren Co-Autor, Aleksi Lehikoinen vom Finnischen Museum für Naturgeschichte, zur folgenden Aussage: „Da sich durch die klimatischen Veränderungen die geographische Verbreitung von Arten weiter verschieben wird, ist es zwingend erforderlich, die nationalen Schutzgebietsnetzwerke nicht nur für den Zwergsäger, sondern auch für viele andere Arten zu verbessern. Nur so kann die Effektivität der Netzwerke verbessert und der Erhaltungszustand der Arten aufrechterhalten werden.“

Die Schaffung eines umfassenden Netzwerks an Schutzgebieten ist das Ziel der Europäischen Vogelschutz-Richtlinie und der Natura2000 Richtlinie [5]. Um dieses Ziel zu erreichen sollte

noch mehr getan werden und es sollten weitere Mittel in den Naturschutz fließen.

Anmerkungen:

1. *“Climate-driven changes in winter abundance of a migratory waterbird in relation to EU protected areas”*. Die vollständige Publikation unter: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/ddi.12300/abstract>.
2. Bei den untersuchten Schutzgebieten handelt es sich um Vogelschutzgebiete (SPAs), die von den EU-Mitgliedsstaaten gemäß Artikel 4 der Europäischen Vogelschutzrichtlinie ausgewiesen wurden. Alle Mitgliedstaaten sind dazu verpflichtet, für die Arten des Anhangs I der Vogelschutzrichtlinie (z.B. der Zwergsäger) “die geeignetsten“ Gebiete auszuweisen. Die Mitgliedstaaten müssen dafür sorgen, dass der günstige Erhaltungszustand dieser Anhang-I-Arten erhalten bleibt. Dazu gehört auch das Monitoring der Bestandsentwicklung und anderer Faktoren, welche sich negativ auf die relevanten Arten auswirken können.
3. Der Zwergsäger (*Mergellus albellus*) ist eine kleine schwarz-weiße Tauchente, die in Nordskandinavien und im nördlichen Eurasien brütet. In der EU brütet die Art nur in Schweden und Finnland. Außerhalb der Brutsaison zieht die Art Richtung Süden und Westen, wo sie in Seengebieten und seichten Küstengewässern überwintert.
4. Die Studie wurde von der Kone - Foundation, der Akademie von Finnland finanziert, das Projekt wurde von der NordForsk Top Forschungsinitiative für nordische Wasservögel, dem Klima-Netzwerk (NOWAC) sowie der Dänischen Naturakademie unterstützt.
5. Vogelschutzgebiete sind Teil des Natura 2000 Netzwerkes - dem europäischen Schutzgebietsnetzwerk. Im Dezember 2013 waren es insgesamt 27.308 Natura 2000 Gebiete, davon 5.491 Vogelschutzgebiete.

Zusammenarbeit mit Unternehmen

„Biodiversität geht jeden etwas an“: Zusammenarbeit mit HeidelbergCement



**Uferschwalbe in einer Abbaustätte von HeidelbergCement
(c) Hartwig Brönnner**

Der Bedeutung von Steinbrüchen und Kiesgruben für viele Pflanzen und Tiere in Europa ist seit langem bekannt. Jedoch setzen sich erst seit kurzem die Abbaunternehmen für einen kontinuierlichen und großflächigen Schutz der biologischen Vielfalt in ihren Abbaustätten ein. Die Branche hat erkannt, dass der Schutz der Umwelt für ihre Unternehmen von großer Bedeutung ist.

„Unsere dreijährige Partnerschaft mit [HeidelbergCement](#) ist von strategischer Bedeutung für uns“. Das war die klare Botschaft der Teilnehmer der [Partnerschaftskonferenz](#) in Prag im vergangenen Dezember. Fast 50 Betriebsleiter, Naturschutzbeauftragte und Marketingbeauftragte wurden von 17 BirdLife-Partnern dazu aufgerufen, sich an dieser sehr erfolgreichen Zusammenarbeit zu beteiligen. Aber warum sind derartige Partnerschaften strategisch sinnvoll und wie funktionieren sie?

Wir arbeiten mit HeidelbergCement zusammen, um die Biodiversität in Abbaustätten zu fördern. Die Bedeutung dieser Gebiete für viele Pflanzen- und Tierarten in Europa wurde schon vor langem erkannt. In vielen Ländern arbeiten daher Naturschützer und regionale Abbaufirmen zusammen, um Kiesgruben und Steinbrüche für Tiere und Pflanzen attraktiver zu machen. Im größeren Maßstab fanden diese Maßnahmen jedoch bislang nicht statt. *Erst seit kurzem setzen sich die Abbaunternehmen für einen kontinuierlichen und großflächigen Schutz der*

biologischen Vielfalt in ihren Abbaustätten ein. Die Branche hat erkannt, dass der Naturschutz für die Unternehmen auch finanzielle Vorteile hat.

Nachdem HeidelbergCement die Bedeutung von biologischer Vielfalt und verantwortungsvoller Landnutzung erkannt hat ging das Unternehmen eine Partnerschaft mit BirdLife ein. Wir sind ein Netzwerk gleichgesonnener Organisationen und können daher vielerorts unser Wissen einbringen. Aber um von spontanen und kleinflächigen Maßnahmen wegzukommen und für die Entwicklung einer flächendeckenden Strategie müssen Daten erhoben und Methoden erarbeitet werden. Dafür müssen fundierte Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt werden und es muss ein in alle Abbauphasen integriertes Risikomanagement erfolgen.

Weder HeidelbergCement noch BirdLife können all dies alleine bewältigen, daher ist diese Partnerschaft sinnvoll. Zum Beispiel haben wir herausgefunden, dass mehr als 35 Prozent der Abbaustätten von HeidelbergCement einen hohen Wert für die biologische Vielfalt aufweisen. Das Unternehmen hat sich dazu verpflichtet, dort bis 2020 Pläne für das Biodiversitätsmanagement umzusetzen.

Die Planung ist zwar wichtig, die Umsetzung von Maßnahmen ist aber viel aufregender. HeidelbergCement und BirdLife sind mit gutem Beispiel vorangegangen, um die Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität voranzutreiben. Es wurde ein gemeinsamer Fonds gegründet, mit dem Biodiversitätsprojekte finanziert werden. Seit der Gründung des Fonds vor zwei Jahren wurden [16 neue Projekte](#) in neun Ländern ins Leben gerufen. Die Gesamtkosten dieser Projekte, die vom Management invasiver Arten, Seen- und Auenrenaturierung, Grünlandrenaturierung und Weidewirtschaft, Habitatvernetzung, Artenmonitoring bis hin zur Verbesserung von Umweltbildungs- und Besuchereinrichtungen reichen, haben einen Umfang von mehr als 420.000 Euro. Allgemein sollen diese Projekte dazu dienen die Biodiversität wiederherzustellen, die Managementmaßnahmen auf den

Firmengeländen umzusetzen sowie die Zusammenarbeit zwischen Naturschutzvertretern, Bevölkerung und Unternehmen auf lokaler Ebene voranzutreiben.

Die weniger offensichtliche, aber deshalb nicht weniger wichtige Seite unserer Partnerschaft ist unser ständiger Dialog zu Themen von beidseitigem Interesse, insbesondere zum Thema Nachhaltigkeit. Vertreter von BirdLife und HeidelbergCement treffen sich regelmäßig, um darüber zu diskutieren, wie sich Industrien und NGOs nachhaltiger entwickeln können. Einerseits verleihen wir unseren politischen Botschaften Ausdruck (z.B. bei einer Stärkung von [Natura 2000](#) und der [Umweltgesetzgebung der EU](#)), andererseits lernen wir mehr über Umweltthemen wie die Nachhaltigkeit bei der Nutzung von Ressourcen und dem Klimaschutz. Dadurch können wir effektiver agieren und die Ziele von BirdLife noch besser verfolgen.

Inspirierende Projekte und Erfolgsgeschichten

Bessere Zeiten für die Blauracke in Serbien



Blauracke © Levente Szekeres

[Die Blauracke](#) ist ein modernes Symbol für den Naturschutz in Serbien. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war diese Art sowohl im Tiefland also auch in den hügeligen Regionen und Flusstälern des zentralen und östlichen Teil des Landes sehr häufig. Seit den 1950er Jahren

nahmen die Bestände dieses schönen farbenfrohen Vogels dramatisch ab und die Art rückte daher in den Fokus der Naturschützer. Der Rückgang, der besonders deutlich in der Region Vojvodina zu beobachten war, erreichte einen höchst alarmierenden Punkt, als bei der letzten Zählung nur noch 17 Brutpaare in Vojvodina übriggeblieben waren. Daraufhin entschieden sich die Ornithologen, Maßnahmen zu ergreifen.

Experten von [Riparia Association of Naturalists](#) und dem BirdLife Partner [Bird Protection and Study Society of Serbia](#) (BPSSS) erkannten, dass das immense Potential des Grünlands in der riesigen Pannonischen Tiefebene bisher nicht genutzt wurde. Dies ist auf einen Mangel an Brutplätzen für Vögel zurückzuführen, da fast alle alten Bäume, die reich an Bruthöhlen waren, gefällt wurden. Projektleiter Otto Szekeres, von der Riparia Association of Naturalists ließ Nistkästen an jüngeren Bäumen und Strommasten aufhängen, um den Vögeln eine Brutmöglichkeit zu geben.

Diese Maßnahmen wurden zunächst nur im nördlichen Teil des Landes durchgeführt, später dann auch im Süden: „2003 brütete in Serbien das allererste Paar in einem Nistkasten. Die Zahl stieg bis 2014 kontinuierlich auf 147 Paare an“, sagt Otto Szekeres.

All diese Maßnahmen haben sich als sehr effektiv erwiesen und viele Menschen, Landwirte und Projektbeteiligte sehen heute den Schutz der Blauracke sehr positiv. Ihre Anwesenheit in der Pannonischen Tiefebene ist eindeutig und sichtbar: Die Vögel sitzen am Ende der Brutsaison und während des Zuges auf Stromleitungen. In den letzten 10 Jahren sind mehr als 1.200 Jungvögel in den Nistkästen geschlüpft, und die Vögel haben langsam angefangen, auch die natürlichen Höhlen in den verbliebenen Bäumen im Umfeld der Nahrungsgebiete zu besetzen. Zusätzlich kümmert sich eine Gruppe aktiver Blaurackenschützer um die Aufstellung und die Instandhaltung der Kästen, das Monitoring und die Beringung der Jungvögel. MME ([BirdLife in Ungarn](#)) hat die Erfahrungen aus dem Projekt

von BPSSS und Riparia Association übernommen und ebenfalls ein Blaurackenprojekt ins Leben gerufen.

Szekeres stellt jedoch klar, dass „größere Anstrengungen unternommen werden müssen, um einen nachhaltigen Schutz der europäischen Blaurackenpopulation zu erreichen. Wenn wir aufhören, Nistkästen anzubringen oder instand-zuhalten, wird die jetzige Population keine geeigneten Nistmöglichkeiten mehr vorfinden.“

Damit dieses Projekt auf lange Sicht erfolgreich bleibt, sind eine Ausweitung des Monitorings und die volle Unterstützung des serbischen Ministeriums für Landwirtschaft und Umweltschutz nötig.

Für die Zukunft erhoffen sich Vogelliebhaber und Naturschützer, dass die Blauracke für ihr Überleben nicht dauerhaft auf die Unterstützung des Menschen angewiesen ist.

Zehntausend Menschen demonstrieren in Berlin für eine umweltverträglichere Landwirtschaft



(c) NABU/E. Neuling

„Wir haben es satt!“ konnte man auf den Straßen Berlins am 17. Januar hören. Der Slogan wurde von zehntausenden Menschen gerufen, welche im fünften Jahr in Folge durch die Stadt marschierten, um ihre Bedenken gegenüber einer modernen Agrarwirtschaft und deren Auswirkung auf die Umwelt zum Ausdruck zu bringen. Wie bereits in den letzten Jahren nahmen auch diesmal Mitglieder vom NABU (BirdLife Deutschland) teil.

Die Agrarpolitik und der Verlust der biologischen Vielfalt in unserer Agrarlandschaft waren die Hauptthemen, die NABU-Präsident Olaf Tschimpke in seiner Rede vor den Demonstrationsteilnehmern aufgriff.

„Eine zukunftsfähige Agrarpolitik ist heute keine Politik mehr von Bauern für Bauern, sondern muss in erster Linie die Anliegen des Umwelt- und Verbraucherschutzes im Sinne einer echten Gesellschaftspolitik berücksichtigen“, sagte Tschimpke auf der Auftaktkundgebung der Demonstration am Potsdamer Platz. Immer mehr Menschen hätten es satt, dass die Brüsseler Agrarmilliarden gießkannenartig in die Landwirtschaft fließen und damit immer noch Betriebe gefördert würden, die durch großflächigen Maisanbau, Pestizideinsatz und Massentierhaltung der Umwelt schaden.

Die Demonstration hat gezeigt, dass sich viele Menschen um die Umwelt sorgen und glauben, dass die Landwirtschaft eine wichtige Rolle beim Naturschutz spielt.

Die Reform einer Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) mag gerade verabschiedet worden sein, aber die Naturschutzorganisationen und die Bürger der EU wünschen sich schon jetzt eine Politik, die gegen die Intensivierung und Monotonisierung der Agrarlandschaften, gegen den Verlust von artenreichem Grünland und gegen das dramatische Artensterben vorgeht.

BirdLife Europa, wird zusammen mit NABU und seinen weiteren Partnern, auch in Zukunft aktiv an Diskussionen teilnehmen.

Auf der Route der „wilden“ Seidenstraße im Kaukasus



Die antike Seidenstraße, die vor allem als Handelsstraße bekannt war, spielte auch beim kulturellen Austausch zwischen Asien und Europa eine wichtige Rolle. Diese viel bereiste Strecke führte 6.000 Km von China und Indien bis zum Mittelmeer und wurde über Jahrhunderte hinweg von Händlern, Kaufleuten, Pilgern, Mönchen, Soldaten, Nomaden und Stadtbewohnern genutzt.

Im diesem Jahr wurde eine weitere Seidenstraße ins Leben gerufen. Dank der [Armenian Society for the Protection of Birds](#) (ASPB, BirdLife Partner) und anderen [Organisationen](#) in Georgien, der Türkei und Griechenland wurde der [Black Sea Silk Road Corridor](#) (BSSRC) eröffnet, ein anspruchsvoller 3.000 km langer Wanderweg, der in Thessaloniki (Griechenland) startet und in Meghri (Armenien) endet.

Das Black Sea Silk Road Corridor Projekt

Bereits 2012 schmiedete ASPB eine Partnerschaft mit [AMAP](#), einer Entwicklungshilfeorganisation, die ihren Sitz in Armeniens Hauptstadt Yerevan hat. Durch diese Partnerschaft soll der Tourismus in ländlichen Gemeinden gefördert werden. Diese Idee wuchs mit der Zeit immer weiter und wurde zum „Black Sea Silk Road Corridor“-Projekt. Die Route führt durch Länder wie Armenien, Georgien, Türkei und Griechenland, und man kann die antike Seidenstraße erleben.

Der Wanderweg wird dem Reisenden die Möglichkeit bieten, uralte Landschaften, weite offene Ebenen und schroffe Berge sowie Seen zu entdecken, die früher nur unter schwierigen Umständen zu erreichen waren. Der Besucher wird direkt in das

Leben der örtlichen Bevölkerung integriert und bekommt so die Chance, sowohl historische und kulturelle Stätten als auch Naturschutzgebiete entlang der Seidenstraße zu entdecken, die in der Vergangenheit unbeachtet und unbekannt waren.

Die Black Sea Silk-Route wurde konzipiert, um der ländlichen Isolation durch die Unterstützung lokaler Gemeinden, die Intensivierung des Besuchserlebnisses und den Schutz kultureller Baudenkmäler und der Biodiversität entgegen zu wirken. Der ökologische Nutzen des Projektes wird letztlich aus den Bemühungen der Ortsansässigen in diesem Gebiet entstehen. Denn sie werden sich für den Erhalt und die Pflege ihrer natürlichen und kulturellen Ressourcen einsetzen, um vom Umwelttourismus profitieren zu können.

Begleitend dazu wurde ein [Internetportal](#) und [sechs Smart-Phone Apps](#) entworfen, um einen umfassenden Einblick in die Naturziele zu gewähren. Dazu gehören auch die interessantesten Vogelarten, die man entlang der Wanderroute entdecken kann. Auch werden zahlreiche von Kultur- und Naturstätten, die besten Unterkünfte, Kunsthandwerker und anderen wichtige Dienstleistungen vorgestellt.

Die Aufgabe von ASPB war es, wichtige Natur-Hotspots entlang der Seidenstraße in Armenien auszuweisen. Luba Balyan, Important Bird and Biodiversity Area (IBA) Koordinatorin bei ASPB erklärt: „Wir haben eine Grundlagenerhebung von Vögeln und Wildtieren entlang der Route durchgeführt. Außerdem haben wir Vögel und spektakuläre Landschaften zu verschiedenen Jahreszeiten fotografiert.“

Sie fährt fort: „Dieses Projekt ist die perfekte Chance, Naturgenuss mit Geschichte zu verbinden und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass sowohl die Wirtschaft als auch die Natur profitieren.“

Der Black Sea Silk-Road-Wanderweg wurde erst durch die finanzielle Unterstützung des European Union Joint Operational Programme ([Black Sea Basin 2007-2013](#)) und durch die Kofinanzierung der [United States Agency for International Development \(Armenia\)](#) ermöglicht.

Für weitere Informationen kontaktieren sie bitte [Luba Baylan](#), IBA Programm Koordinatorin bei der Armenian Society for the Protection of Birds (BirdLife in Armenia).

BirdLife Bulgarien unterstützt Rewilding Initiative in den Rhodopen



Die Arda-Schlucht aus der Luft, Madzharovo, östliche Rhodopen, Bulgarien © Staffan Widstrand - Rewilding Europe

Die Rhodopen befinden sich südöstlich von Bulgariens Hauptstadt Sofia. Sie sind wunderschöne und weitläufige Berge und bei den Menschen vor Ort auch als die „Berge des Orpheus“ bekannt. Denn hier hat angeblich jener sagenumwobene Musiker das Licht der Welt erblickt. Der Legende nach konnte er mit seiner Musik nicht nur wilde und gefährliche Bestien, sondern auch die Felsen der Berge und die Bäume des Waldes bezaubern.

Neben den Legenden, die durch die atemberaubende Landschaft inspiriert wurden, sind diese Berge auch mit den ausgedehnten Naturflächen in Griechenland und mit anderen bulgarischen Bergregionen (Nationalparks [Pirin](#) und [Rila](#)) ökologisch verbunden. Aufgrund seiner geographischen Lage ist das gesamte Gebiet einer von Europas Umwelthotspots und weist ein riesiges Renaturierungspotential auf. Aus diesem Grund wurden die Rhodopen als [siebentes „rewilding Gebiet“](#) ausgewählt. Die Initiative „Rewilding Europe“ zielt darauf ab, in Europa Wildnislandschaften zu schaffen, in denen natürliche Prozesse zugelassen werden.

Die [Bulgarian Society for the Protection of Birds](#) (BSPB BirdLife Partner) wird sich ebenfalls an

diesem Projekt beteiligen. Stoycho Stoychev, Conservation Direktor von BSPB, wird beim Projekt „Rewilding Rhodopes“ mitarbeiten und zusammen mit Stefan Avramov, Rewilding Officer, helfen, die mehr als 100.000 Hektar in den Ost-Rhodopen ökologischer zu gestalten. [Chernoochene](#), [Madzharovo](#), [Studen Kladenets](#) und [Byala Reka](#) wurden als die vier prioritären Schlüsselgebiete auserwählt, in denen man mit der Renaturierung beginnt.

BSPB ist nicht zum ersten Mal an einem derartigen Projekt beteiligt. Zwischen 2009 und 2014 flossen beim [New Thracian Gold](#) (NTG) Projekt in den östlichen Rhodopen die Kompetenzen verschiedener Umweltschutzorganisationen, einschließlich BSPB und der niederländischen Umweltschutzorganisation [ARK Nature](#) mit ein. Ziel war es, die Wildnis und die Biodiversität, ökologische Anbaumethoden und nachhaltigen Tourismus zu fördern. Die Erfahrungen aus dem NTG-Projekt fließen nun ab 2015 in das neue „Rewilding Projekt“ ein.

Nach Auskunft von Frans Schepers, Leiter von „Rewilding Europe“, wird der gesamte Prozess ungefähr 10 Jahre dauern. Im Laufe des Projektes sollen sich wichtige Arten wie Dam- und Rotwild, Wildpferde, Wölfe, Braunbären, verschiedene Geierarten (Mönchsgeier *Aegypius monachus*, Schmutzgeier *Neophron percnopterus* und Gänsegeier *Gyps fulvus*), mehrere Greifvogelarten und das gefährdete europäische Ziesel wieder ansiedeln.

Mit der Ausweisung der Rhodopen als siebtes Rewilding Gebiet, nähert sich das Projekt „Rewilding Europe“ einem wichtigen Ziel: Der Etablierung von [zehn Rewilding Gebieten in Europa bis 2022](#).

[Hier finden Sie weitere Informationen](#) über das Projekt oder folgen Sie uns bei [Facebook](#).

Neues Projekt zum Schutz des Berlenga Archipels



Trottellumme (c) Liam Ryan

Nur 30 Menschen leben auf dem [Berlengas Archipel](#) vor der Küste Portugals. Dennoch ist hier einiges geboten. Das Gebiet gehört zum UNESCO [Biosphärenreservat](#) (WNBR), hier kommen etliche Seevogelarten vor und es beherbergt ein vielfältiges Ökosystem. Leider haben das wunderschöne Archipel und die umliegenden Gewässer unter der jüngsten Wirtschaftskrise gelitten. Trotz der Bemühungen nationaler Behörden, das fragile Ökosystem zu bewahren, verschlechtert sich der Zustand des Gebietes rapide.

Im Juni 2014 schlossen sich die [Portugiesische Gesellschaft zum Schutz der Vögel](#) (SPEA, BirdLife Portugal), das [Institut für Naturschutz und Waldbau](#), die [Gemeinde Peniche](#) und [die Universität Lissabon](#) zu einer Partnerschaft zusammen. Gemeinsam planten sie ein interdisziplinäres Projekt für nachhaltige Entwicklung, verantwortungsvollen Tourismus und Erhalt natürlicher Ressourcen im [Naturreservat Berlengas](#). Unter anderem war es das Ziel, ein Modell für gutes Management eines geschützten Gebietes zu entwickeln. Noch im selben Monat wurde des [Life+ Projekt Berlengas](#) ins Leben gerufen, das eine Finanzausstattung von 1.380.000 Euro hatte. Dabei stammen 50 Prozent aus Geldern der Europäischen Kommission. Ziel des Projektes ist es, einerseits die Natur des Archipels zu renaturieren

und andererseits die örtlichen Gemeinden zu fördern, die vom Tourismus abhängig sind.

In dem Projekt werden zahlreiche Pläne entwickelt, z.B. für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen, für Maßnahmen zur Vermeidung von zufälligem Seevogelbeifang durch Fischernetze, für die Kontrolle von eingeführten Säugetierarten und für die Kontrolle von invasiven Neophyten, die Vogelarten wie die Trottellumme bedrohen.

Außerdem wird es eine großangelegte Werbekampagne geben, bei der mit Hilfe der neuen Medien das Berlengas Archipel als wunderschönes Urlaubsziel in Europa beworben werden soll. Jedes Jahr kommen mehr als 200.000 Besucher auf den Archipel. Dies liegt an der wunderschönen Natur und der biologischen Vielfalt, die die Insel zu einem wertvollen Naturparadies macht.

Events

Januar – Juni 2015: lettische EU-Ratspräsidentschaft. Erfahren Sie mehr über BirdLife-Europas Empfehlung für eine erfolgreiche Präsidentschaft auf unserer [Internetseite](#).

26. Februar 2015, London (09:30 - 17:00): BESTGRID Workshop "Austausch zu guter fachlicher Praxis".

4. März 2015, Brüssel: Nachhaltige Zukunft für die EU-Agrarwirtschaft? Eine Konferenz organisiert vom Europäischen Umweltbüro, Danish Ecological Council und BirdLife Europa. [Weitere Informationen und Anmeldung](#).

Kontakt

Sabine Wiedenhöft, Assistentin des Fachbereichs Naturschutz und Umweltpolitik
Tel. 030-284984-1600; E-Mail: Sabine.Wiedenhoeft@NABU.de

Impressum: NABU-Bundesverband, Charitéstraße 3, 10117 Berlin, www.NABU.de.
Übersetzung: Eva Schubert, Fotos: Fotolia/view7, Dr. C. Moning, W. Rolfes, 04/2012